

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

07.09.2022

Inhalt

EWN

1 Strompreise in MV explodieren: Wieso das Entlastungspaket Murks ist <i>Ostsee-Zeitung.de, 06.09.2022</i>	3
2 Lies nach Stresstest: Es bleibt beim Rückbau von Kernkraftwerk Emsland <i>SVZ.de (Schweriner Volkszeitung), 06.09.2022</i>	4
3 Habeck sprach AKW-Einsatzreserve offenbar nicht mit Betreibern ab <i>Berliner-Zeitung.de, 06.09.2022</i>	5

Strompreise in MV explodieren: Wieso das Entlastungspaket Murks ist

Konkrete Zahlen soll es erst im Oktober geben, aber so viel ist schon sicher: Die Strom-Preise in MV werden explodieren. „Das kann sich kaum noch jemand leisten“, sagt der Rostocker Stadtwerke-Chef. Doch aus Berlin kommt statt echter Hilfen nur Murks, meint OZ-Reporter-Chef Andreas Meyer.

Rostock. So deutlich hat in MV noch niemand ausgesprochen, was die Menschen erwartet: In Extremfällen kommen auf Menschen und Betriebe im Land Strom- und Gas-Preis-Steigerungen von bis zu 1000 Prozent zu, sagt Rostocks Stadtwerke-Chef Oliver Brünnich. Im Klartext: Wer heute 200 Euro im Monat als Abschlag für seine Energie zahlt, muss dann 2000 Euro blechen. Das aber werden sich selbst jene nicht mehr leisten können, die gut und besser verdienen.

Entlastungspaket ist Murks

Umso trauriger ist das, was die Ampel-Koalition bei ihrer Klausur ausgearbeitet hat: 18 Euro mehr Kindergeld pro Monat hier, ein paar Euro mehr für Geringverdiener da und ein unklarer Preis-Deckel für einen noch unklarereren „Grundbedarf“ an Energie. Klartext: Für das, was die Regierung uns als „Entlastungspaket“ verkaufen will, wurde der Begriff Murks erfunden.

Längst geht es nicht mehr nur darum, sozial-schwache Familien zu entlasten. Es geht darum, dass die Mitte der Gesellschaft sich den Strom nicht mehr wird leisten können. Dass gerade SPD und Grüne immer noch davon reden, wer sich wie viel leisten könne, zeigt nur, wie weit die beiden Parteien von der Wirklichkeit entfernt sind. Sie wollen die Menschen im Stich lassen, die mit ihrer Arbeit, ihren Steuern und auch ihrer Kaufkraft dieses Land tragen.

Genosse der Bosse

Hinter vorgehaltener Hand sagen einem die Experten der Energie-Wirtschaft, was nötig wäre: Aussetzen des Börsenhandels mit Energie, Entkopplung des Stromvom Gas-Preis und eine Vorgabe, was Energie höchstens kosten darf. Doch mit den Bossen wollen es sich die Genossen offenbar nicht verscherzen.

 SVZ.de (Schweriner Volkszeitung) | 06.09.2022 Dirk Fisser WEBLINK

Lies nach Stresstest: Es bleibt beim Rückbau von Kernkraftwerk Emsland

Niedersachsens Energieminister Olaf Lies (SPD) hat dazu aufgerufen, die Diskussion um die Versorgungssicherheit in Deutschland nicht allein auf Kernkraftwerke zu beschränken. Lies sagte der unserer Redaktion: „Der Stresstest hat gezeigt, dass wir beim Thema Netze besser werden müssen. Hier wurden Probleme offengelegt, die dringend angegangen werden müssen.“ Für eine funktionierende Stromversorgung seien stabile Netze essentiell, so der Minister.

Das sagt Lies zum AKW Emsland

Dass das Kernkraftwerk im niedersächsischen Lingen unterdessen anders als zwei Meiler in Süddeutschland nicht in Reserve gehalten werden soll, bezeichnete Lies als „sehr nachvollziehbar.“ Es sei sinnvoll, dort Kernkraftwerke vorzuhalten, wo die Verbrauchschwerpunkte seien, Süddeutschland habe hier anders als Norddeutschland Defizite.

Der formell bereits eingeleitete Rückbau des Meilers im Emsland werde weiter vorangetrieben. „Das geht seinen Weg. Die Prüf- und Genehmigungsverfahren laufen“, sagte Lies. Der Rückbau fällt in die Zuständigkeit seines Ministeriums. Der Meiler in Lingen ist 1988 ans Netz gegangen. Er ist das jüngste in Deutschland noch verbliebene Kernkraftwerk. Mit dem Atomausstieg zum Jahreswechsel geht das Kernkraftwerk vom Netz. „Dabei bleibt es“, sagte Lies.

Zuvor hatte CDU-Bundesvorsitzender Friedrich Merz die Stilllegung des AKW im Emsland als „Roulette-Spiel“ bezeichnet. Im Interview mit unserer Redaktion sagte Merz: „Die Grünen in der Ampel in Berlin sind ganz offensichtlich von den Grünen in Niedersachsen unter Druck gesetzt worden, das Kernkraftwerk Emsland gegen alle Vernunft abzuschalten.“

Habeck sprach AKW-Einsatzreserve offenbar nicht mit Betreibern ab

Der Wirtschaftsminister will zwei AKW in einer Reserve halten. Doch der Plan war nach Informationen der Berliner Zeitung nicht mit E.on und EnBW abgesprochen.

Die Überraschung war groß, als der Bundeswirtschaftsminister am Montag vor der Presse seine Pläne für die Atomkraftwerke Isar 2 und Neckarwestheim 2 vorstellte. Geht es nach Robert Habeck, sollen die beiden Meiler ab Jahresende bis Mitte April 2023 in einer sogenannten Einsatzreserve bereitgehalten werden. Im Fall von Stromengpässen in der Energiekrise, so die Idee des Grünen-Politikers, könnten die AKW dann rasch wieder hochgefahren werden. Vorausgegangen war ein Stresstest, bei dem das Ministerium Netzbetreiber prüfen ließ, ob in bestimmten Szenarien genug Strom zur Verfügung stünde und das deutsche Netz stabil bliebe.

Doch offenbar hörte nicht nur die Öffentlichkeit an diesem Tag zum ersten Mal von den Absichten des Ministers. Wie der Berliner Zeitung mehrere unabhängige Quellen im Hintergrund bestätigten, informierte Habeck die Betreiber der Atomkraftwerke nicht über seinen Plan.

Dass E.on (Isar 2) und EnBW (Neckarwestheim 2) Redebedarf haben, zeigte sich bereits am Montagabend, als beide Konzerne auf die Pläne des Wirtschaftsministers reagierten. Man habe den Vorschlag der Bundesregierung „zur Kenntnis genommen“, heißt in einer Mitteilung von E.on. Nun komme es darauf an, „zu prüfen, ob und wie er technisch und organisatorisch machbar ist“. Doch stellte der Betreiber gleichzeitig klar, Kernkraftwerke seien „in ihrer technischen Auslegung keine Reservekraftwerke, die variabel an- und abschaltbar sind“.

EnBW teilte mit, dass die „Details der beschlossenen Vorgehensweise“ nun von der Bundesregierung „konkretisiert bzw. geklärt werden“ müssten – und das „möglichst im Austausch“ mit den Betreibern. Darüber hinaus wollten sich beide Unternehmen auf Nachfrage der Berliner Zeitung nicht äußern.

Wirtschaftsministerium will nicht sagen, ob Betreiber informiert waren

Auf die konkrete Frage der Berliner Zeitung an das Bundeswirtschaftsministerium, „ob das Ministerium die AKW-Betreiber über die Pläne für eine ‚Einsatzreserve‘ informiert hat, bevor das Vorhaben am Montagabend vorgestellt wurde“, antwortete das BMWK nur grundsätzlich. „Ich kann bestätigen, dass es vor der Verkündung der Entscheidung Gespräche mit den Betreibern der Kraftwerke gab“, teilte eine Sprecherin mit.

Dass grundsätzlich Kontakt zwischen BMWK und Betreibern besteht, steht allerdings außer Frage. Immerhin wird ein möglicher Streck- oder Weiterbetrieb der drei noch verbliebenen deutschen AKW schon seit Monaten diskutiert. Die Idee einer Einsatzreserve wurde den Energiekonzernen nach Informationen der Berliner Zeitung jedoch bis Montag nicht vorgestellt.

Unklar, wie eine Einsatzreserve genau aussehen soll

Dabei sind offenbar mehrere zentrale Fragen noch offen. Da wäre das Personal: In einem Interview mit dem Spiegel hatte E.on-Chef Leonhard Birnbaum schon am vergangenen Wochenende erklärt, dass die Mitarbeiter am Meiler Isar 2 bereits einen Sozialplan unterschrieben hätten. Einige von ihnen gingen am 31. Dezember in Rente. Dann sollte das AKW in Bayern eigentlich endgültig abgeschaltet werden. Zwar hätte der Konzern wohl auch im Fall eines Streck- oder Weiterbetriebs vor der Aufgabe gestanden, seinen Sozialplan überarbeiten zu müssen. Hinzu kommt nun aber die Herausforderung, die Beschäftigten auf die Einsatzreserve vorzubereiten.

Bereits vor der Entscheidung des Bundeswirtschaftsministers hatte E.on-Chef Birnbaum im Gespräch mit dem Spiegel gemahnt: „Es ist nicht trivial, ein Kernkraftwerk anders zu fahren.“ Das dürfte gerade für einen Reservebetrieb gelten, den es so in Deutschland und wohl auch weltweit noch nie gegeben hat.

Auch interessant

Neben Fragen der technischen Umsetzung könnte es auch bei den Kosten unterschiedliche Ansichten zwischen Regierung und Betreibern geben. Das Wirtschaftsministerium kündigte an, dass diese vom Staat erstattet würden – demnach geht es um „überschaubare Kosten für Personal und Technik“, die „für das Vorhalten der Einsatzreserve“ anfielen. Hingegen hatte E.on-Chef Birnbaum mit Blick auf einen möglichen Streckbetrieb gesagt, dass es einen „Haufen Geld kosten“ würde, den geplanten Rückbau von Isar 2 zu verschieben und neu zu planen.

Opposition hält Habecks Annahmen für unrealistisch

In der Opposition sorgt Habecks Vorgehen für Unverständnis. „Es gibt gravierende Zweifel, ob das so überhaupt umsetzbar ist“, sagte der stellvertretende

CDU-Fraktionschef und Energiepolitiker Andreas Jung der Berliner Zeitung. „Die Kraftwerke können nicht auf Knopfdruck eben mal so hochgefahren werden.“ Dafür brauche es mindestens sieben Tage, eher aber mehr, so Jung. Der Wirtschaftsminister hatte am Montag gesagt, das Wiederanfahren der AKW werde ungefähr eine Woche dauern.

Jung sieht das kritisch. Man könne nicht jede Notlage schon über eine Woche im Voraus vorhersehen, sagt der CDU-Politiker. Auch er bemängelt eine offenbar mangelhafte Absprache mit E.on und EnBW: „Offenkundig wurden diese Fragen noch nicht einmal im Vorfeld mit den Betreibern geklärt.“ Der Energieexperte meint: „Mit all diesen ungeklärten Fragen könnte Habecks Vorschlag das faktische Aus aller drei Kernkraftwerke zum Jahresende besiegeln.“